

Aleksandr Čistikov

Die Staatsmacht und die Formierung des Gedächtnisses an die Blockade: Stenografische Aufzeichnungen der Berichte von Leningrader Bürgern 1943–1948

Untersucht man die in der Zeit der Blockade Leningrads entstandenen Tagebücher, so zeigt sich, dass manche ihrer Autoren als einen der Gründe für ihre täglichen Aufzeichnungen den Wunsch anführen, die aktuellen Ereignisse für die kommenden Generationen – für die Geschichte – festzuhalten. Sehr oft kam dieses Bedürfnis in den Krisenmomenten jener Jahre auf. Daher beziehen sich die ersten Eintragungen in solchen Tagebüchern entweder auf den 22. Juni 1941 oder auf die erste Septemberdekade, als die massiven Luftangriffe und der Beschuss auf die Stadt begannen, bzw. auf den Winter 1941/42 – auf die „Zeit des Todes“, wie sie von den Leningratern damals genannt wurde.

Die Fixierung der Erinnerung an Krieg und Blockade „von unten“ wurde durch eine analoge Fixierung „von oben“ ergänzt. Im Frühjahr 1942 beauftragte das Leningrader Stadtkomitee der VKP(b) das dortige Institut für die Geschichte der VKP(b) mit der Erstellung einer „Chronik der Verteidigung Leningrads“ und der Erarbeitung einer Dokumentensammlung zu diesem Thema.¹ Im zweiten Arbeitsschritt – bereits im Sommer – fertigten die Mitarbeiter des Instituts für Parteigeschichte Stenogramme der Schilderungen einiger führender Stadtfunktionäre und Soldaten der Roten Armee an.²

Die aktive Materialsammlung begann ein Jahr später. Ausgangspunkt war die gemeinsame Verordnung der Büros des Gebietskomitees und des Stadtkomitees der VKP(b) vom 3. April 1943 „Über die Sammlung von Material und die Zusammenstellung der Chronik „Leningrad und das Gebiet Leningrad im Vaterländischen Krieg gegen die deutsch-faschistischen Invasoren“. Zur führenden Institution im Rahmen dieser Aktivitäten wurde das Leningrader Institut für die Geschichte der VKP(b) bestimmt.³ Eines der Tätigkeitsfelder der Mitarbeiter des Instituts war die stenografische Aufzeichnung der Erzählungen der Leningrader Bürger und Verteidiger der Stadt an der Neva über Krieg und Blockade. Der Großteil der Schilderungen wurde in den Jahren 1943 und 1944 notiert, die gesamte Arbeit jedoch bis Ende 1948 fortgesetzt. In der Folge gingen die Stenogramme in

¹ Bereits am 2. April 1942 ersuchte das Leningrader Institut für die Geschichte der VKP(b) das Bezirksparteikomitee Vasileostrovsk um Material über dessen Arbeit. Vgl. *Central'nyj gosudarstvennyj archiv istoriko-političeskich dokumentov Sankt Peterburga* (im Weiteren CGAIPD SPb.), f. 4000, op. 1, d. 129, l. 9.

² *Nina Lebedeva*: *Sotrudnicy Leningradskogo instituta istorii partii i partarchiva v gody vojny*. In: *Andrej P. Dzeniskevič* (otv. red.): *Ženščina i vojna. O roli ženščin v oborone Leningrada. 1941–1944. Sbornik statej*. Sankt Peterburg 2006, S. 257.

³ CGAIPD SPb., f. 25, op. 2, d. 4714, l. 3

den Bestand 4000 des Leningrader Parteiarchivs ein (heute: Zentrales Staatliches Archiv für politisch-historische Dokumente St. Petersburg – CGAIPD SPb.).⁴ Insgesamt existieren mehr als 600 von ihnen, darunter ca. 370 Aufzeichnungen der Erinnerungen von zivilen Einwohnern der Kriegsstadt Leningrad.

Bei den Befragten handelte es sich überwiegend um Angehörige der mittleren Führungsebene (Direktoren von Betrieben und Institutionen, Leiter großer Werkabteilungen, führende Funktionäre von Partei- und Staatsorganen auf Stadt- und Bezirksebene, Sekretäre großer Parteiorganisationen), aber auch Ingenieure und Techniker, Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst und Kultur, Ärzte, Lehrer, Angehörige des zivilen Luftschutzes usw. Auf dem Arbeitsplan der Mitarbeiter des Instituts für Parteigeschichte für Juni bis September 1945 stand auch die stenografische Aufzeichnung der Schilderungen des Vorsitzenden des Leningrader Stadtexekutivkomitees, Petr Popkov, sowie des Vorsitzenden des Leningrader Gebietsexekutivkomitees, Nikolaj Solov'ev.⁵ Allerdings finden sich diese Stenogramme nicht im Verzeichnis des Archivmaterials. Ob es sie überhaupt je gegeben hat und wenn ja, wo sie sich derzeit befinden, ist nicht bekannt. Die Erinnerungen einfacher Leningrader Bürger sind selten festgehalten worden. Meist geschah dies, wenn es kollektiv um die Tätigkeit eines konkreten Betriebes bzw. einer Werkabteilung, einer Institution, einer Krankensammelstelle, einer Wohnungsverwaltung usw. ging. Abgesehen von gewissen, der Wahl der Erzähler nach ihrem sozialen Status geschuldeten Einschränkungen, wird der Alltag der Stadt und ihrer Bürger in den Schilderungen einigermaßen vollständig und facettenreich abgebildet.

Die Vielfalt wurde in diesem Fall auch aufgrund der von den Mitarbeitern des Instituts für Parteigeschichte ausgearbeiteten Fragebögen für bestimmte Gruppen von Respondenten erreicht – für den Fabriksdirektor, den Sekretär des Bezirksparteikomitees, den Vorsitzenden des Bezirksexekutivkomitees, den Funktionär des Komsomol-Bezirkskomitees, den Milizionär, den Politorganisator, den Mitarbeiter der Wohnungsverwaltung usw.⁶ Die in den Archivakten abgelegten Fragebögen sind nicht datiert. Man kann sie jedoch aufgrund ihres Inhalts den Jahren 1944 und 1945 zuordnen. Zweifellos gab es vergleichbare Fragebögen auch ein Jahr früher, da in den Stenogrammen von 1943 eindeutig Antworten auf ähnliche Fragen enthalten sind.

Streng genommen kann das Institut nicht als direkte staatliche Einrichtung gesehen werden. Allerdings spiegelt in diesem Fall der Inhalt der von seinen Mitarbeitern ausgearbeiteten Bögen die Interessen und Positionen auch des Staates wi-

⁴ In den 1960er-Jahren wurden ca. 150 Zweitschriften der Stenogramme an die Leningrader Abteilung des Instituts für Geschichte der UdSSR an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR übergeben (heute: St. Petersburger Institut für Geschichte an der Russischen Akademie der Wissenschaften – SPbII RAN). Derzeit bilden sie einen Teil des Bestands 332 des geschichtswissenschaftlichen Archivs des SPbII RAN.

⁵ CGAIPD SPb., f. 4000, op. 1, d. 276, l. 1–7.

⁶ Ebd., d. 194. Bemerkenswert ist, dass für die Steno-Aufzeichnungen des Sekretärs des Pskover Gebietskomitees der VKP(b), Leontij Antjušeev, ein spezieller Fragebogen erstellt wurde. Wie im Fall von Popkov und Solov'ev sind allerdings auch hier im Archivbestand keine entsprechenden Antworten zu finden.

der. Erstens geht aus dem Inhalt der erwähnten Verordnung der Büros des Gebiets- und des Stadtkomitees vom 3. April 1943 hervor, dass das Institut für Parteigeschichte praktisch zum Arbeitsinstrument jener Kommission wurde⁷, die man mit eben dieser Verordnung einrichtete. Sie sollte sich mit der Gesamtleitung der Aktivitäten „zur Sammlung des Materials und zur Zusammenstellung der Chronik“ beschäftigen. Mitglieder der Kommission waren zweitens unter anderen die Sekretäre der Gebietspartei Komitees und des Komsomol, die stellvertretenden Vorsitzenden der Exekutivkomitees des Leningrader Stadt- und Gebietssowjets, die Chefs der Politverwaltungen der Leningrader Front und der Baltischen Rotbannerflotte usw. Geleitet wurde die Kommission von dem für Propaganda zuständigen Sekretär des Stadtkomitees der VKP(b), Aleksandr Machanov.⁸ Eine derartige Kommission kann als von der Partei- und Staatsmacht bevollmächtigtes Organ betrachtet werden. Die Mitglieder der Kommission haben die Fragen wohl kaum selbst formuliert. Sie waren ihnen jedoch bekannt und sie konnten nicht nur ihre Meinung dazu äußern, sondern sollten dies auch tun. Leider gibt es darauf bisher keine direkten Hinweise, dennoch ist diese Annahme, wie mir scheint, durchaus zulässig.

Bei der Analyse der Bögen lassen sich einige gemeinsame Themen unterscheiden. Das sind unter anderem die Mobilisierung der Leningrader Bürger an die Front, die Umstellung der Betriebe und Institutionen auf den Kriegszustand, die Teilnahme der (Bezirks-) Organisationen an der Aufstellung der Volkswehr und der Evakuierung der Bevölkerung 1941/42, aber auch der kalte Hungerwinter desselben Zeitraums usw. Wie in den Instruktionsunterlagen angegeben, sollte jeder Berichterstatter diese und andere Fragen aus der Perspektive seiner eigenen Berufserfahrung beleuchten.

Aus diesem Grund gab es – manchmal beträchtliche – Unterschiede bei den Präzisierungsfragen, die im Rahmen eines für alle Befragten gleichen Themas gestellt wurden. So sollte z. B. der Bericht eines Fabrikdirektors über die Ereignisse des Winters 1941/42 nach Möglichkeit Antworten auf folgende Fragen enthalten: „Was hat die Fabrik produziert, in welchem Umfang, auf welchen [...] Ausrüstungen, Flächen und mit wie vielen Arbeitern? Wie gut war die Produktion mit Rohstoffen, Metallen, Treibstoff, Energie [...] ausgestattet? Licht und Temperatur. Versorgung, Ernährung der Arbeiter. Zusätzliche Verpflegung der Arbeiter und Führungskader mit städtischen Vorräten [...] und lokalen Ressourcen [...]. Krankheiten, Unterernährung und Todesfälle unter den Werkangehörigen [...]. Wer von den besonders wertvollen Mitarbeitern im Betrieb ist umgekommen [...]? Beteiligung der Fabrik an der Bestattung der Leichen auf Werks- und Bezirksebene.“⁹

Von den Politorganisatoren und den Mitarbeitern der Wohnungsverwaltungen wurde verlangt, „zu berichten, wie im Winter 1941/42 die Situation im Haus, in

⁷ Lebedeva, Sotrudnicy, S. 260.

⁸ CGAIPD SPb., f. 25, op. 2, d. 471, l. 3.

⁹ Ebd., f. 4000, op. 1, d. 194, l. 4 RückS. – 5.

den einzelnen Wohnungen, in den Höfen war [...], wie die Bevölkerung um ihr Leben kämpfte – Verkauf des Hausrats und der persönlichen Gegenstände, Kleidung, Schuhe, Möbel usw. Was damals wogegen getauscht wurde. Zu welchen, manchmal kriminellen, Mitteln die Menschen griffen, um ihre Existenz zu erhalten. Wie die schwierige Lage vieler Menschen von einigen wenigen kriminellen und verbrecherischen Elementen zuweilen ausgenutzt wurde [...]. Es sollen möglichst viele konkrete und typische Beispiele angeführt werden, wo ganze Familien oder mehrere Menschen in einzelnen Familien an Hunger oder Auszehrung zugrunde gingen. Es soll berichtet werden, wie Verstorbenen die Lebensmittelkarten und persönlichen Gegenstände gestohlen wurden u. ä. Gegenstand der Schilderungen soll auch das Schicksal der Kinder sein, deren Eltern und ältere Familienangehörigen gestorben waren – wie wurde die Hilfe für sie, ihre Übergabe an Kindereinrichtungen, Sammelstellen, Kinderheime, Kindergärten u. ä. organisiert?“¹⁰

Ein Teil dieser Fragen – allerdings unter einem anderen Gesichtspunkt – wurde den Milizionären gestellt: zu typischen Straftaten im Winter 1941/42, zu Lebensmitteldiebstählen, zu Methoden des Diebstahls von Lebensmittelkarten, zum Kannibalismus, zum Tauschhandel mit Naturalien. Hinsichtlich des letzten Punktes enthielt der Fragebogen sogar eine komplette Anweisung: „Sie (die Milizionäre, A.Č.) sollen genau berichten, wo damals dieser Tausch von Sachen gegen Lebensmittel erfolgte, wie weit er verbreitet war, zu welchen Preisen – in Geld und Gegenständen – Brot und andere Lebensmittel abgegeben wurden. Sollten die Angehörigen der Miliz irgendwelche Aufzeichnungen, Akten, Rapporte, dienstliche Meldungen, Rechenschaftsberichte, Zusammenstellungen und ähnliche Unterlagen aufbewahrt haben, müssen diese für die Geschichte gesammelt werden, um aufzuzeigen, wie teuer besonders Brot und andere Lebensmittel geworden waren, denn Brot war damals mit dem Leben selbst gleichzusetzen.“¹¹ In einem eigenen Punkt wurde die Frage nach der Tätigkeit der Milizionäre in der „Zeit des Todes“ gestellt: zu ihrer Versorgung, zur „Bekundung echten Heldentums“, zu den Schwierigkeiten bei ihrer Arbeit und den Verlusten in ihren Reihen.

Ein ganzes Bündel von Fragen hinsichtlich dieser Zeit der Blockade wurde dem Führungspersonal der Bezirkssowjets gestellt: „Wie haben sich die Schwierigkeiten bei den Lebensmitteln verschärft? Welche Maßnahmen hat der Bezirk ergriffen, um die Lebensmittelreserven zu erhöhen [...]? Welche Bestände an Lebensmittelreserven und deren Surrogaten wurden geschaffen und wer verfügte über sie, an wen und in welcher Menge wurden die Nahrungsmittel ausgegeben? Wie wurden die Funktionäre des Bezirks unterstützt?“ Zwei weitere Fragenkomplexe betrafen die Todesrate innerhalb der Bezirksbevölkerung und Maßnahmen zur kommunalen Versorgung der Einwohner im Winter 1941/42.¹² Die Sekretäre der Leningrader Bezirksparteikomitees wurden ersucht, über die Aktivitäten ihrer Institutionen und Parteiorganisationen zur Überwindung der Schwierigkeiten im

¹⁰ Ebd., I. 25–25 RückS.

¹¹ Ebd., I. 32–32 RückS.

¹² Ebd., I. 30 RückS. – 31.

Winter 1941/42, über Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Kader in dieser Zeit sowie über die sanitäre und kommunale Hilfe für die Werktätigen des Bezirks Auskunft zu geben.¹³

Wurden diese Fragen einigermaßen vollständig beantwortet, so ergab sich ein umfängliches und ziemlich objektives Bild fast aller Facetten des Lebens und der Aktivitäten der Leningrader Bürger im Winter 1941/42.

Es ist kurios, aber in fast allen Fragebögen fehlen die Namen der Führungspersönlichkeiten der zentralen und örtlichen Machtorgane auf Partei- und Sowjetebene. Eine Ausnahme bildet der Fragebogen für Betriebsdirektoren, in dem nach der Reaktion des Werkskollektivs auf die „Radioansprache des Gen. Stalin vom 3. Juli 1941“ und den „Aufruf der Gen. Vorošilov, Ždanov und Popkov“ gefragt wird.¹⁴

Analysiert man den generellen Ton aller Fragen für alle Respondenten, so ist dieser eher positiv als negativ. Bildhaft gesprochen, sind das Fragen von Siegern. Aber von Siegern, die wissen, um welchen Preis der Sieg errungen wird oder bereits errungen wurde.

Die Autoren der Fragebögen waren der Ansicht, die künftigen stenografischen Aufzeichnungen „sollten eine Art Vorwort oder Einleitung zur Erforschung und zum Verständnis des aus der Kriegszeit stammenden Archivmaterials sein“.¹⁵ Und es war wichtig, dass es der Leiter war, der durch seine Darstellung die Entscheidungen, Verordnungen, Rechenschaftsberichte und anderen Materialien ergänzte und erläuterte, die für seine Tätigkeit und die Arbeit seiner Mitarbeiter kennzeichnend waren. Es war den Respondenten nicht verboten, bei der Beantwortung der Fragen auf einen allfälligen Schriftverkehr zurückzugreifen. Im Gegenteil, das wurde sogar gern gesehen, da es die Zuverlässigkeit der Schilderung erhöhte. Das Wichtigste war, dass das Stenogramm sich nicht in eine Wiederholung oder Nacherzählung z. B. eines Rechenschaftsberichts verwandelte. An die Adresse der Komsomolführer gerichtet, riefen die Verfasser des Fragebogens diese dazu auf „für den Historiker die Details, die Einzelheiten, die Kleinigkeiten des Lebens und des Alltags, die einschneidend, aber typisch für die die Kriegszeit waren und deren Schwierigkeit ausmachten, festzuhalten. Es soll wahrheitsgemäß erzählt werden, so, wie alles war und wie es sich ereignet hat.“¹⁶

Die vorläufige Untersuchung einiger Dutzend Stenogramme lässt – mit einer gewissen Vorsicht – die Behauptung zu, dass die Erzähler im Großen und Ganzen die Wahrheit sagten. Leider haben sie nicht auf alle Fragen geantwortet und auch

¹³ Ebd., I. 43 RückS. – 44.

¹⁴ Ebd., I. 3–3 RückS. In einer anderen Version des Fragebogens für die Direktoren wird diesen Fragen die Bitte hinzugefügt, zu erläutern, „welche stalinsche Fürsorge die höchste Führung und die Bezirksführung Ihnen als Angehöriger des Leitungskaders in diesen harten Tagen (Winter 1941/42. – A.C.) angeeignet ließ“ und den sozialistischen Wettbewerb abschnittsweise zu beschreiben, unter anderem als Antwort auf die Befehle Iosif Stalins Nr. 130 und Nr. 195 (ebd., I. 7–8).

¹⁵ Ebd., I. 46 RückS.

¹⁶ Ebd., I. 15.

mit unterschiedlicher Vollständigkeit, aber dieses Recht war ihnen eingeräumt worden. Die Erzählungen der Befragten waren in der Regel mit positiven und negativen Beispielen durchsetzt. Dabei verschob sich der Akzent in Richtung des Positiven, was sich teilweise aus der Formulierung der Fragen erklärt. Zu einer offenen Verzerrung der Tatsachen entschlossen sich nur wenige. So behauptete z. B. der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Volodarsker Bezirkssowjets, Petr Muraško, ohne über Beweise dafür zu verfügen, dass es durch Bomben und Beschuss „nur wenige Opfer gab“. Äußerst zweifelhaft ist auch seine Erklärung, es habe „in den Einrichtungen für Kinder keine Todesfälle gegeben“.¹⁷ I. Turkov, der Kultur- und Propagandaorganisator der Molotov-Fabrik, beteuerte, im Winter 1941/42 „waren alle gleich, alle hatten dieselbe Ration, alle lebten von der gleichen Lebensmittellkarte“.¹⁸ Dies entspricht offensichtlich nicht der Wahrheit, schon allein deshalb, weil es offiziell verschiedene Arten von Karten gab, für die es unterschiedliche Mengen an Lebensmitteln gab.

Weitaus verbreiteter war die Taktik, vorsichtige oder schwammige Formulierungen zu verwenden. Als Beispiel kann das Ergebnis der Überarbeitung eines eigenen Textes durch den Vorsitzenden des Leningrader Stadtgerichts, Konstantin Buldakov, dienen. Der ursprüngliche Satz: „Ich habe damals 600 Gr[amm] Brot erhalten, ich bekam eine Sonderration, deshalb hatte ich Kräfte [...]“, wurde zu: „Ich habe damals eine Sonderration erhalten, wenn auch eine sehr geringe, aber das hat mir meine Kräfte bewahrt [...]“.¹⁹ Nach dem Kontext zu urteilen, ist hier vom Winter 1941/42 die Rede. Es sei daran erinnert, dass ab 25. Dezember 1941 bis zum 23. Januar 1942 die Brotzuteilung für den Großteil der Leningrader Bürger 200 bis 350 Gramm betrug, ab dem 24. Januar wurde sie um 50 Gramm erhöht und erreichte entsprechend 250 bis 400 Gramm. Jetzt wird auch deutlich, warum der Richter es vorzog, die Erwähnung von 600 Gramm Brot gegen die Formulierung von der „sehr geringen“ Sonderration zu ersetzen.

Ein weiteres Mittel der Selbstkontrolle ging über die Überarbeitung hinaus, nämlich die Streichung von Fakten aus dem Text des Stenogramms im Zuge der Korrektur. So berichtete der Chef des Leningrader Handelshafens, Boris Bernštejn, als er sich an die von ihm im Hafen aufgestellte Fischereibrigade erinnerte: „Zum Teil kam dieser frische Fisch in die Stadt, insbesondere ging er an das Bezirksparteikomitee.“²⁰ Im korrigierten Stenogramm wird das Bezirksparteikomitee nicht mehr erwähnt. A. Zajcev, Direktor einer Fabrik für Kinder- und Damenwäsche, hielt es für erforderlich, einen ganzen Absatz aus seinem Stenogramm zu eliminieren: „Im August 1942 evakuierte ich schwache Menschen, die sich auch durch die Aufbaukosten nicht erholten. Wir evakuierten ungefähr 47 derartige

¹⁷ Ebd., op. 10, d. 1204, l. 5 Rückf. – 6.

¹⁸ Naučno-istoričeskij archiv Sankt-Peterburgskogo instituta istorii RAN, f. 332, op. 1, d. 128, l. 11.

¹⁹ CGAIPD SPb., f. 4000, op. 10, d. 815, l. 8.

²⁰ Boris Bernštejn: Leningradskij torgovyj port v 1941–1942 gg. In: Valentin M. Kovalčuk (otv. red.): „Doživem li my do tišiny?“. Zapiski iz blokadnogo Leningrada. Sankt Peterburg 2009, S. 205.

Personen.²¹ Der Grund für die Streichung war höchstwahrscheinlich die Passage über den fehlenden positiven Effekt der Aufbaukost, der die lokalen Behörden im Jahr 1942 besondere Bedeutung beimaßen. Übrigens hat eine andere Erzählerin, die Mitarbeiterin des Leningrader Telegrafenamtes E. Obodova, nicht aus dem Stenogramm gestrichen, dass sie nach dem Aufenthalt in einer stationären medizinischen Einrichtung²² dreieinhalb Monate darniederlag und – nachdem sie Aufbaukost erhalten hatte – noch einen weiteren Monat krank war.²³

Diese Beispiele könnte man fortsetzen, und dennoch – das sei noch einmal betont – im Großteil der von uns untersuchten stenografischen Aufzeichnungen berichteten die Respondenten relativ wahrheitsgemäß und ehrlich über ihr Leben und ihre Arbeit in der Kriegs- und Blockadestadt Leningrad. Nachdem sie die Schrecknisse der „Zeit des Todes“ überlebt hatten, konnten sie keine offenkundigen Lügen erzählen, zumal in Gegenwart eines Gesprächspartners, der den gleichen Weg gegangen war. Zugleich konnten sich einige der Berichterstatter dem Einfluss der Selbstzensur nicht entziehen – entweder während des Erzählens oder bei der anschließenden Überarbeitung des Textes.

Die Aufzeichnung der Schilderungen der Einwohner der Kriegs- und Blockadestadt Leningrad und deren Verteidiger waren Teil der von der Stadtverwaltung durchgeführten Kampagne zur Herausbildung des Gedächtnisses an Krieg und Blockade. Im Unterschied zu den Druckerzeugnissen, deren Prüfung durch die Zensurorgane obligatorisch war, unterstanden die Stenogramme der Schilderungen (wie auch die dem Institut für Parteigeschichte übergebenen Tagebücher) nicht der offiziellen Zensur, da sie zu diesem Zeitpunkt nicht für den Druck vorgesehen waren. In geringem Maße unterlagen sie auch dem Einfluss der Selbstzensur.

Als Ergebnis mehrjähriger Arbeit wurde dank der Machtorgane und der Stadtbewohner ein ganzes Stratum neuer Quellen geschaffen, die die Erinnerung an die Blockade von Leningrad einigermaßen objektiv festhielten. Das Paradoxe daran war, dass die Machtorgane bereits nach kurzer Zeit vollständig darauf verzichteten, sich dieser Erinnerungen zu bedienen.

Aus dem Russischen übersetzt von Verena Brunel

²¹ CGAIPD SPb., f. 4000, op. 10, d. 774, l. 10.

²² Stationäre medizinische Einrichtungen als Therapie- und Ernährungsstellen wurden laut Beschluss des Leningrader Stadtexekutivkomitees vom 29. Dezember 1941 geschaffen und waren bis zum Frühjahr 1942 in Betrieb. Forscher und viele Memoirenschreiber betonten die positive Rolle der stationären medizinischen Einrichtungen bei der Erhaltung des Lebens der Leningrader Bürger. Es gab jedoch auch Fälle, in denen der Aufenthalt in einer stationären medizinischen Einrichtung aus verschiedenen Gründen zur Erkrankung oder zum Tod eines Stadtbewohners führte.

²³ CGAIPD SPb., f. 4000, op. 10, d. 288, l. 15.

